

Synopse der Antworten auf die Wahlprüfsteine der ANU MV

Fragestellung	CDU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE.	SPD	FDP	PBC
<p>1. Welchen Stellenwert haben für Ihre Partei Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung? Findet sich ein entsprechender Passus in Ihrem Programm zur Landtagswahl wieder?</p>	<p>Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung der Schöpfung sind Kernanliegen der CDU. Die CDU bekennt sich zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, die den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand mit dem Schutz von Natur, Umwelt und Lebensqualität der Verbraucher in Einklang bringt und gemeinsam weiterentwickelt. Um diese Ziele zu erreichen, ist eine ausreichende Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung zwingend notwendig. Diese Bildung darf nicht bei der Vermittlung von Fähigkeiten stehen bleiben, sondern muss sich wertorientiert an ethischen Aspekten wie Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit ausrichten.</p>	<p>Für uns BÜNDNISGRÜNE haben die Themen Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung einen sehr hohen Stellenwert. Die Bildung ist ein zentraler Schlüssel für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft, daher müssen wir hier investieren und die Grundlagen für Umweltbewusstsein und nachhaltiges Verhalten legen. Dementsprechend findet sich auch ein Passus zu beiden Themen in unserem Programm zur Landtagswahl:</p>	<p>DIE LINKE setzt sich seit Jahren für einen ökologisch-sozialen Umbau der Gesellschaft ein. Die Bedeutung von Umwelt- und Naturschutz sowie die absolute Notwendigkeit nachhaltiger Entwicklung müssen allen bewusst und bekannt werden. Veränderung beginnt im Kopf – deshalb muss Umweltbewusstsein bei allen Menschen, beginnend in der frühkindlichen Bildung und Erziehung, stärker verankert werden. In unserem Leitbild Mecklenburg-Vorpommern „MV 2020+ Ideen für unser Land“ und in unserem Wahlprogramm finden sich dazu zahlreiche Bezüge.</p>	<p>Für die SPD zählt Umweltbildung und Bildung zu den wichtigen Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung unseres Landes. Unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten stehen dabei alle Schwerpunkte unseres Regierungsprogramms: Wirtschaft und Arbeitsplätze, Kinder und Familie, Bildung und Zukunft vor Ort.</p>	<p>Für uns ist Bildung ein Bürgerrecht. Bildung ist der Nährboden der Demokratie. Eine erfolgreiche und liberale Bürgergesellschaft braucht Bildung und Ausbildung als elementare Voraussetzung für Freiheit, Toleranz und Leistungsfähigkeit. Wir Liberale sehen Bildung und Ausbildung als Fundament dafür, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Die Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung nehmen deshalb für uns einen wichtigen Stellenwert ein. Wir wollen den nachfolgenden Generationen die seit Jahrhunderten gewachsene Kulturlandschaft in einer lebenswerten Natur hinterlassen. Umweltschutz, Ressourcenschonung und Energiesparmaßnahmen sind lebensnotwendige Aufgaben, die ihren Wert bereits in sich selber haben. Damit diese Aufgaben von den Menschen wahrgenommen werden können, bedarf es der Aufklärung und Information.</p>	<p>Bereits unter "Unser Fundament" widmen wir in dem zweiten Absatz auch umweltpolitische Ansätze: <i>„Ressourcen entdecken und Perspektiven entwickeln, z.B. in den Bereichen Landwirtschaft, Tourismus und Gesundheit. Zukunftsweisende Ideen und das Engagement des Einzelnen sind durch unbürokratische Rahmenbedingungen zu fördern.</i> Ebenso unter weitere Aufgaben fällt umweltbewusstes handeln: <i>„Zur Sicherung der Versorgung unserer Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln sind effektive Kontrollen zu gewährleisten. Biologischer Anbau ist zu fördern. Gentechnisch veränderte Lebensmittel lehnen wir ab. Wir sind uns aber auch bewusst, dass wir landespolitisch nicht EU Vorgaben ignorieren können. Somit unterstützen wir kurzfristig "das kleinere Übel" einer Förderung z. B. von Freiland- und Biohaltung im Haustierbereich (Geflügel/ Rind/Schwein/Schaf). Langfristig wollen wir darauf hinarbeiten, die alte Form des bäuerlichen Familien-betriebes wiederzubeleben. Gestärkt werden wir in dieser Sicht durch das zu Ende gehen der fossilen Brennstoffe, die ein weltweites "Umhersenden" von Lebensmitteln stark einschränken wird.</i></p>

Synopse der Antworten auf die Wahlprüfsteine der ANU MV

Fragestellung	CDU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE.	SPD	FDP	PBC
<p>Wenn ja, fügen Sie diesen bitte in Ihre Antwort ein.</p>		<p>„Wir wollen Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zu einem festen fächerübergreifenden Bestandteil des Unterrichts und der LehrerInnenfortbildung machen. Dabei geht es nicht nur um Natur- und Umweltbildung sowie globales Lernen, sondern auch um die Vermittlung von Werten wie Gerechtigkeit und Solidarität, Fairness und Toleranz, die Gleichberechtigung der Geschlechter sowie um Armutsbekämpfung. BNE bedeutet auch, Kinder und Jugendliche in die Lage zu versetzen, ihre eigene Rolle als Mitglied der weltweiten Gemeinschaft und als KonsumentIn kritisch zu reflektieren und auf Nachhaltigkeit auszurichten. Sie basiert auf Prinzipien, die eine nachhaltige Lebensweise, Demokratie und menschliches Wohlergehen unterstützen. Für ihren Erfolg sind Kompetenzen wie vorausschauendes und interdisziplinäres Denken, Offenheit für neue Perspektiven, Einfühlungsvermögen sowie die Bereitschaft zum Handeln notwendig. Um diese anspruchsvollen Ziele erreichen zu können, brauchen wir ein Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in den Bildungsplänen.“ (Auszug aus dem Wahlprogramm zur Landtagswahl S.48/49) Daneben setzen wir uns auch für einen Ausbau der außerschulischen Angebote ein (siehe unten).</p>		<p>Zur Umweltbildung heißt es: „Wir werden die Umweltbildung und die Waldpädagogik als wichtigen Bestandteil der Bildung für nachhaltige Entwicklung weiter in den Großschutzgebieten und den Landeswäldern flächendeckend gewährleisten und entsprechend finanzieren.“</p>		

Synopse der Antworten auf die Wahlprüfsteine der ANU MV

Fragestellung	CDU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE.	SPD	FDP	PBC
<p>2. Was werden Sie, wenn Ihre Partei in die Regierung gewählt wird, konkret für die Stärkung der außerschulischen Lernorte und ihrer pädagogischen Arbeit tun?</p>	<p>Ziel der Selbständigen Schule war und ist, dass sich die Schulen in der jeweiligen Region als selbständige, vernetzte und wirksame Orte des Lernens entwickeln können. Dazu gehört die Möglichkeit, je nach Ausrichtung des jeweiligen Schulkonzeptes, Kooperationen mit außerschulischen Lernorten einzugehen. Der Besuch bzw. die Zusammenarbeit mit außerschulischen Lernorten muss nach unserer Auffassung in das Unterrichtskonzept mit eingebunden, die Vor- und Nachbereitung gesichert und pädagogische Ziele definiert sein. Dieses wird durch uns auch künftig gefördert: durch flexible Stundentafeln, schulinterne Lehrpläne oder schulbezogene Budgets für besondere Lehrerleistungen und Fortbildungen.</p>	<p>Wir BÜNDNISGRÜNEN setzen auf die individuelle Förderung von Menschen und die Vielfalt unterschiedlicher Interessen, Talente und Herangehensweisen. Dieser Vielfalt muss das Bildungsangebot gerecht werden. Unser Konzept der „Schule für alle“ soll sich auch gegenüber außerschulischen Bildungsangeboten verstärkt öffnen und von deren Erfahrungen profitieren. Deshalb wollen wir Bildung und Schule mehr als bisher zur Sache der Kommunen machen und befürworten das Konzept der regionalen Bildungslandschaften. Wir sehen es als Aufgabe der Kommunen, BildungsakteurInnen in der Region zu vernetzen. Schritt für Schritt wollen wir regionale Bildungsbüros schaffen, in denen Land, Kommune und BildungsakteurInnen gemeinsam das Bildungsangebot der Region planen, Informationen vorhalten, Fortbildungen organisieren, Konzepte und Erfahrungen austauschen und damit Schulen und außerschulische Angebote vernetzen. Wir BÜNDNISGRÜNEN fordern eine deutliche Stärkung der Umweltbildung in Mecklenburg-Vorpommern und eine Weiterentwicklung im Sinne</p>	<p>Die außerschulischen Lernorte sind für uns Bestandteil des Bildungsangebotes von Schulen. Sie sind vor allem auch wegen ihrer Besonderheit durch Standorte außerhalb von Schulen besonders gut geeignet, lebensnahe und praxisorientierte Bildungs- und Erziehungsarbeit an den Schulen zu unterstützen. Deshalb wollen wir prüfen, inwieweit die Möglichkeit besteht, die Stundenzuweisung für die dort tätigen Lehrkräfte mit den Lehrkräften des theoretischen Unterrichts an den Schulen vergleichbar zu gestalten und ggf. zu erhöhen und die unterschiedlichen Handhabungsweisen in den staatlichen Schulämtern zu vereinheitlichen. Wegen der Spezifik der außerschulischen Lernorte wollen wir in einem gemeinsamen Gremium die Möglichkeiten und Wege dazu erörtern. Grundlage dafür sollte Ihre „Integrative Bildungskonzeption für außerschulische Lernorte in MV“ sein.</p>	<p>Wir werden auch weiterhin die vielfältigen Aktivitäten der außer-schulischen Lernorte zur Umweltbildung durch Vereine, Verbände und Stiftungen, Zoos, Tiergärten und Naturerlebnisparks unterstützen. Die Förderung der Bildungsarbeit in Besucherzentren der Großschutzgebiete unseres Landes, in Schullandheimen, Jugendwaldheimen und Jugendherbergen wird fortgesetzt.</p>	<p>Grundsätzlich sehen wir als Liberale die Bildungshoheit und –auftrag beim Land bzw. Bund und den Schulen. Wir wollen, dass sich die Schulen noch stärker der Zusammenarbeit mit Eltern, gesellschaftlichen Institutionen und Vereinen öffnen. Eben dadurch soll den Schülern die Möglichkeit gegeben werden, in ihrer Freizeit „außerschulische Lernorte“ kennen zu lernen und sich dort durch Eigeninitiative weiterzuentwickeln. Das Angebot der außerschulischen Lernorte gilt es somit zu verbessern. Hierbei setzen wir auf Selbstverantwortung und Selbstbestimmung der jeweiligen Träger. Gleichzeitig spielt für uns die Sozialarbeit außerhalb der Schule eine große Rolle. Die FDP will eine faire Gesellschaft, die private Bindungen wie die Familie und insbesondere Kinder schützt, die Solidarität mit Schwächeren fördert und Menschen mit Behinderungen in ihren Entfaltungsmöglichkeiten stärkt. Für die Förderung der pädagogischen Arbeit von außerschulischen Einrichtungen sehen wir die Landespolitik in der Verantwortung, eine durch Planungs- und Trägerverbände realisierbare Infrastruktur für Jugendliche und deren gesellschaftliche Beteiligung zu ermöglichen.</p>	<p>Im Bereich einer umfassenden Bildung sehen wir eine Kernaufgabe der Politik der nächsten Jahre. Als Christen sehen wir Kausalzusammenhänge dieser Welt. Gott als der Schöpfer gilt es neu zu vermitteln, so wird auch der Grundgesetzauftrag wieder zu einem verantwortlichen Gesamtauftrag in gesellschaftlicher Bindung: In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Schöpfung und Geschöpf in Einklang mit den anvertrauten Ressourcen, aufeinander achthaben, nicht nur Mitmenschlich sondern auch in den Lebensverhältnissen.</p> <p>Bereits im vorschulischen Bereich können hier Weichen gestellt werden in Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten und Pädagogen. Lebenspraktische Ausbildung heißt auch Umwelt wahrnehmen lernen. Neben einem Sozialen Pflichtjahr für alle Schulabgänger vor Berufsausbildung oder Studium (verstärkendes Element zum Bundesfreiwilligendienst) prüfen wir auch die Möglichkeit</p>

Synopse der Antworten auf die Wahlprüfsteine der ANU MV

Fragestellung	CDU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE.	SPD	FDP	PBC
<p>2. Was werden Sie, wenn Ihre Partei in die Regierung gewählt wird, konkret für die Stärkung der außerschulischen Lernorte und ihrer pädagogischen Arbeit tun?</p>		<p>einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Wir setzen uns daher dafür ein, dass mindestens zwei Projekttag pro Schuljahr zu Themen aus dem Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung für jede Klasse durchzuführen sind. Ebenso werden wir uns dafür stark machen, je Schulamt mindestens zwei RegionalberaterInnen für Bildung für nachhaltige Entwicklung einzusetzen, differenziert für die Sekundarstufe I und II. Diese sollten zur Hälfte ihrer Arbeitszeit für diese Tätigkeit freigestellt werden und damit auch die Verbindung von Schulen und außerschulischen Lernorten stärken. Ein weiteres wichtiges Anliegen von uns BÜNDNISGRÜNEN ist es, die Umweltbildungsangebote der Großschutzgebiete auszubauen und entsprechende personelle Umschichtungen vorzunehmen. Wir setzen uns dafür ein „das Projekt der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung(ANU MV) „Regionale Koordination in der Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu verstetigen“ (Zitat siehe s. Seite 49 unseres Wahlprogramms). Ebenfalls sprechen wir uns in unserem Programm ganz konkret dafür</p>				<p>eines "Zwischeneinsatzes" während der Schulzeit, wie es für Schüleraustausch möglich ist, ein Jahr auszusetzen. Diese beiden Einsatzmöglichkeiten sollten im sozial-diakonischen, wie in Umweltverbänden möglich sein.</p>

Synopse der Antworten auf die Wahlprüfsteine der ANU MV

Fragestellung	CDU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE.	SPD	FDP	PBC
<p>2. Was werden Sie, wenn Ihre Partei in die Regierung gewählt wird, konkret für die Stärkung der außerschulischen Lernorte und ihrer pädagogischen Arbeit tun?</p>		<p>aus, „die Bingo-Umweltlotterie fortzuführen und durch langfristige Verträge unabhängiger von Einflüssen der Politik zu machen.“ Wichtige Ziele sind außerdem, die Mittel für Umweltbildungsprojekte im Haushalt des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz auf 400.000 EUR zu erhöhen und im Wirtschaftsministerium die Förderung von Eine-Welt-Bildungsarbeit wieder aufzunehmen und mit 100.000 EUR auszustatten.</p>				

Synopse der Antworten auf die Wahlprüfsteine der ANU MV

Fragestellung	CDU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	FDP	PBC
3. Haben Sie konkrete haushaltsrelevante Maßnahmen geplant? Wenn ja, welche?	Wir werden beispielsweise das neue Fortbildungskonzept für pädagogische Führungskräfte mit dem Ziel, pädagogische Schul- und Qualitätsentwicklung eigenverantwortlich zu gestalten, zu evaluieren und weiterzuentwickeln, fortführen. Dazu gehört auch die Steigerung der Lehrerprofessionalität durch moderne Formen der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Darüber hinaus werden wir die Mittel für Klassenfahrten zu außerschulischen Lernorten mindestens im vorhandenen Umfang erhalten.	Ja, wir haben haushaltsrelevante Maßnahmen im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung geplant. Um wichtige Ziele umzusetzen, sind hierfür auch Finanzmittel erforderlich, damit es nicht bei Absichtserklärungen bleibt. Wie bereits in der Antwort zur Fragestellung 2 erwähnt, setzen wir BÜNDNISGRÜNEN uns dafür ein, dass die Mittel für Umweltbildungsprojekte im Haushalt des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz erhöht werden. Unser Anliegen ist es, den entsprechenden Haushaltsansatz von 165.000 auf 400.000 Euro/Jahr zu erhöhen. Ebenso wurde von uns in der Antwort zur Fragestellung erwähnt, dass im Wirtschaftsministerium die Förderung von Eine-Welt-Bildungsarbeit wieder aufzunehmen ist, nach dem dieser vor einigen Jahren gestrichen wurde. Diesen Bereich wollen wir zukünftig mit 100.000 Euro/Jahr ausstatten. Daneben sind im Bildungsressort entsprechende Umschichtungen erforderlich.	DIE LINKE ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht an der Landesregierung beteiligt. Somit haben wir derzeit auch keinerlei Einfluss auf das Verfahren zur Aufstellung des Doppelhaushalts für 2012/2013 und können keine haushaltsrelevanten Maßnahmen planen.	Die SPD will ihre solide Finanzpolitik der vergangenen zwölf Jahre fortsetzen. Unser Ziel bleibt eine Politik, die ohne neue Schulden auskommt und zugleich klare Schwerpunkte in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsplätze, Kinder und Familien, Bildung sowie Zukunft vor Ort setzt. Zum Thema Umweltbildung verweisen wir auf den Auszug unseres Regierungsprogramms in der Antwort auf die Frage 1.	Liberaler Haushaltspolitik konzentriert sich auf Altschuldenabbau auf eine stringente Aufgabenkritik und damit verbundene Ausgabensenkung sowie auf innovative Haushaltsführung mit zeitgemäßen Steuerungsinstrumenten. Wir fühlen uns der Haushaltssanierung und dem Schuldenabbau verpflichtet. Das heißt, wir setzen bei haushaltsrelevanten Investitionen, Selbsttragungseffekte und eine nachvollziehbare bzw. transparente Finanz- und Haushaltspolitik des Landes.	Gestatten Sie uns, dass wir zugeben, zu Ihrem Punkt drei noch keine großen Erfahrungen zu haben. Im Kreistag Güstrow, in dem wir als PBC einziehen konnten, haben wir Akzente setzen können, indem wir die Schlüsselverteilungen hinterfragten und selbst gestandene Kreistagsmitglieder zugaben, noch nie nach der Wirksamkeit der verteilten Gelder geschaut zu haben. Hier wollen wir Transparenz und Ehrlichkeit: Es muß eine Überprüfbarkeit der Wirksamkeit der eingesetzten Mittel geben. Das gilt für alle Bereiche wie politische, religiöse, sozialdiakonische und Umwelt Verbände.

Synopse der Antworten auf die Wahlprüfsteine der ANU MV

Fragestellung	CDU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	FDP	PBC
<p>4. Für welche Projekte und Ziele würden Sie die Erlöse der BINGO-Umweltlotterie Mecklenburg-Vorpommern verwenden?</p>	<p>Die Erlöse der Bingo-Umweltlotterie werden in Mecklenburg-Vorpommern durch den Vergaberat der Stiftung NUE vergeben. Aus diesem Grund bestehen seitens der CDU wenige Einflussmöglichkeiten auf die Vergabe der Erlöse der Bingo-Umweltlotterie. Dennoch würden wir die Mittel in erster Linie für Projekte zum Schutze der Umwelt, der Biodiversität und der Umweltbildung einsetzen.</p>	<p>Als BÜNDNISGRÜNE haben wir u.a. in Gesprächen mit der damaligen Finanzministerin Keler maßgeblich dazu beigetragen, dass die Lotterie gegen den anfänglichen Widerstand des Umweltministers eingeführt wurde.</p> <p>Es ist uns ein wichtiges Anliegen die Bingo-Umweltlotterie fortzuführen, um eine Vielzahl von Kleinprojekten und sinnvollem bürgerschaftlichem Engagement zu fördern, aber auch die Strukturen der Verbände im Land zu stärken. Wir stehen zu der Verabredung, dass der Vergaberat, der überwiegend aus Verbänden zu besetzen ist, über die Mittelvergabe entscheidet, wobei ein angemessener Anteil für Eine-Welt-Projekte vorbehalten bleiben soll. Wir wollen durch langfristige Verträge die BINGO-Lotterie unabhängiger von Einflüssen der Politik machen. Es kann nicht sein, dass ein Ministerium die Vorgabe macht, dass bestimmte Projekte bei der Förderung besonders berücksichtigt werden, wie es beim ZMTW in Nieklitz passiert ist.</p>	<p>Die Überschüsse aus der BINGO-Umweltlotterie Mecklenburg-Vorpommern werden auf Grundlage eines Staatsvertrages zwischen den norddeutschen Ländern und eines Vertrages zwischen dem Land und der NUE Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung von dieser verwaltet. Sie fördert in Mecklenburg-Vorpommern Zukunftsprojekte im Sinne der Agenda 21. Im Stiftungsvorstand, im Stiftungsrat und in den Vergaberäten der norddeutschen Länder engagieren sich Persönlichkeiten der Gründungsorganisationen und des öffentlichen Lebens mit großem Erfahrungsschatz in der Eine-Welt-Arbeit und im Natur- und Umweltschutz. DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern möchte an dieser bewährten Praxis festhalten.</p>	<p>Die SPD wird sich weiterhin für die Projektförderung entsprechend der Satzung der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung verwenden.</p> <p>Verstärkt wollen wir Projekte in den Bereichen „Erneuerbare Energien“ (Bioenergiedörfer), Schulen und Kindertagesstätten sowie der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen.</p>	<p>Den Entscheid über die Vergabe und Förderung eines Projektes trifft das Kuratorium der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung nach festgeschriebenen Kriterien. Bei den jeweiligen Projekten sollte es ganz im Sinne der Projektförderung um die Integration ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte, nachhaltige Wirksamkeit und Praxisnähe, Breitenwirkung und Bürgernähe gehen, die sichtbare Ergebnisse, Beispielcharakter, Leitbildfunktion und einen innovativen Charakter innehaben. So ist beispielsweise das breit aufgestellte Alleenpaten aktiv ein gutes Beispiel, um einerseits die Alleen als bedeutendes Natur- und Kulturgut des Landes langfristig zu erhalten und andererseits das Bewusstsein für den Schutz der Alleen in der Bevölkerung zu schärfen.</p>	<p>Zu Ihrem vierten Punkt möchte ich Ihnen ganz persönlich mein Anliegen weitergeben, das ich auch in den Landesvorstand mit eingebracht habe: Aufgrund der massiven Verödungen und Abholzungen weltweit - Tropenwälder eingeschlossen - stehe ich zu dem Ziel alle EU-Pflichtbrachflächen aufzuforsten. Hierbei können Umweltlotterien zweckgebunden als Unterstützungsgelder an Landwirtschaftsbetriebe und auf Staatsflächen eingesetzt werden, mit der überprüfbar Auflage solche Flächen 50-80 Jahre zu binden.</p>

Synopse der Antworten auf die Wahlprüfsteine der ANU MV

Fragestellung	CDU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	FDP	PBC
Antwort durch:	CDU, Der Generalsekretär Vincent Kokert	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesgeschäftsstelle, Ulrich Söffker, Robert Hintz	DIE LINKE.MV Stefan Freydank, Wahlbüro	Stefan Gillwald Mitarbeiter der SPD Landesverband Mecklenburg-Vorpommern	Gino Leonhard, Spitzenkandidat zur Landtagswahl der FDP	Landesvorstand der PBC MV, Landesvorsitzender Uwe Seppmann